

Handlungsvorschläge zur Legislaturperiode 2017 – 2021

Wie werden Deutschlands Städte und Regionen digital? Vorschläge zur kommunalen digitalen Transformation

Seite 1

Die Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft wird das zentrale Thema der kommenden Legislaturperiode. Sie umfasst alle Bereiche des Lebens und der Daseinsvorsorge in den Kommunen. Intelligent vernetzte Städte und Regionen können Teilhabe und Lebensqualität für ihre Bürgerinnen und Bürger erhöhen, zu mehr Nachhaltigkeit beitragen, die Standortattraktivität steigern und somit auch dem demografischen Wandel begegnen. Der öffentliche Sektor fällt gegenüber der Privatwirtschaft beim Einsatz digitaler Lösungen jedoch seit Jahren immer weiter zurück. Will sich Deutschland als Vorreiter etablieren, müssen wir das Tempo der Digitalisierung nicht nur in der industriellen Produktion (Industrie 4.0) steigern, sondern auch bei der intelligenten Vernetzung der Infrastruktursektoren sowie der Transformation von Städten und Regionen. Die Kommunen stehen vor der Herausforderung einer strategischen Stadt- und Regionalentwicklung auf Basis moderner Breitbandinfrastruktur, um mit den globalen Entwicklungen Schritt zu halten. Der Bitkom und der DStGB fordern daher für die kommende Legislaturperiode 2017-2021 ein umfangreiches kommunales Digitalprogramm der nächsten Bundesregierung.

Der Wettbewerb „Digitale Stadt“ des Bitkom und des DStGB hat in diesem Jahr deutlich gemacht: Digitalisierung kann immense Potenziale in den Städten und Regionen heben, eine positive Veränderungskultur ermöglichen sowie lokale und regionale Akteure zusammenführen. Die Kommunen benötigen fachkundige Beratung und tatkräftige Unterstützung des Bundes, um die Chancen der kommunalen digitalen Transformation für ihre Bürgerinnen und Bürger, die lokalen Unternehmen und die öffentliche Daseinsvorsorge wahrzunehmen. Technologie ist kein Selbstzweck, sondern muss Mehrwerte generieren und die Vernetzung der Akteure vor Ort fördern. Es bedarf nun eines Schulterschlusses zwischen Bund, Ländern, Regionen, Städten und Gemeinden mit der Wirtschaft und den Akteuren vor Ort. Ziel ist die systematische und intelligente Vernetzung im öffentlichen Sektor und in den zentralen Bereichen der Daseinsvorsorge wie Energie, Mobilität, Gesundheit und Bildung.

Bundesverband
Informationswirtschaft,
Telekommunikation
und Neue Medien e.V.

Jan Strehmann

Referent Smart City & Smart Region

T +49 30 27576-107

j.strehmann@bitkom.org

Albrechtstraße 10
10117 Berlin

Präsident
Achim Berg

Hauptgeschäftsführer
Dr. Bernhard Rohleder

Deutscher Städte-und
Gemeindebund

Alexander Handschuh

Leiter Büro des Hauptgeschäftsführers

Planung, Politik, Koordination,

Kooperationen, stv. Pressesprecher

T +49 30 773 07-253

alexander.handschuh@dstgb.de

Marienstraße 6
12207 Berlin

Präsident
Roland Schäfer

Hauptgeschäftsführer
Dr. Gerd Landsberg

Die wichtigsten Punkte:

1. Die kommunale digitale Transformation nachhaltig in der Digitalen Agenda verankern
2. Innovationsräume und Modellregionen konsequent und flächendeckend fördern
3. Die strategische Zusammenarbeit der verschiedenen föderalen Ebenen und Ressorts koordinieren
4. Die rechtlich-regulatorischen Rahmenbedingungen schneller anpassen und neue digitale Geschäftsmodelle ermöglichen
5. Ein bundesweites Kompetenzzentrum „Digitale Städte und Regionen“ aufbauen

Was die Bundespolitik tun kann

1 Die kommunale digitale Transformation nachhaltig in der Digitalen Agenda verankern

Die digitale Transformation der Städte und Regionen muss deutlich stärker in das Bewusstsein und die Prioritäten der Politik und Verwaltung rücken. Anders lässt sich ein globaler Spitzenplatz im Standortwettbewerb der Digitalisierung nicht erreichen. Hier braucht es einen durchsetzungsstarken und klar formulierten politischen Willen. Es bedarf einer Erweiterung der Digitalen Agenda um ein eigenständiges Handlungsfeld „Intelligente Vernetzung in Städten und Regionen“ als Strategie zum bundesweiten Auf- und Ausbau von Smart Cities und Smart Regions. Die Kommunen dürfen hierbei nicht alleine gelassen werden. Die Rahmenbedingungen für die Digitalisierung vor Ort zielgerichtet und koordiniert zu setzen bedeutet Daseinsvorsorge zum Wohle und Wohlstand aller Bürgerinnen und Bürger.

2 Innovationsräume und Modellregionen konsequent und flächendeckend fördern

Lokale und regionale Innovationsplattformen tragen wesentlich dazu bei, die Digitalisierung in Deutschland flächendeckend umzusetzen. Seitens des Bundes bedarf es hierfür einer umfangreichen Förderung übertragbarer und skalierbarer digitaler Modellregionen. Um die kommunale digitale Transformation noch rechtzeitig einzuleiten, müssen bisherige Programme weiterentwickelt und finanziell deutlich aufgestockt werden. Darüber hinaus müssen durch den Bund zusätzliche Fördermittel in Höhe von mindestens 500 Millionen Euro pro Jahr in der kommenden Legislaturperiode für kommunale Digitalisierungsinitiativen bereitgestellt werden. Eine ergänzende Kofinanzierung durch die Länder ist anzustreben. Zwischen Bund, Ländern und Kommunen ist ein koordiniertes Vorgehen notwendig, um regional vernetzte Innovationsplattformen zu forcieren, lokale Potenziale zu heben und die Digitalisierung für die Menschen vor Ort erlebbar zu gestalten. Um die Kräfte der Kommunen zu bündeln, bedarf es eines Austauschs der Modellregionen. Mit dieser Hilfestellung des Bundes kann Digitalisierung zum Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse auch in ländlichen Regionen beitragen.

3 Die strategische Zusammenarbeit der verschiedenen föderalen Ebenen und Ressorts koordinieren

Um die flächendeckende Umsetzung der kommunalen digitalen Transformation zu beschleunigen, muss das Zusammenwirken der Akteure verbessert werden. Es bedarf neuer kooperativer Steuerungsprozesse zwischen öffentlichem Sektor, Wirtschaft, Wissenschaft, Bürgerinnen und Bürgern. Verwaltung und Politik sind gefordert, schneller zu handeln, interdisziplinäres Denken zu fördern und die strategische ressortübergreifende Zusammenarbeit über alle föderalen Ebenen hinweg zu forcieren. Konsultationsverfahren mit Bürgerinnen und Bürgern sowie lokaler Wirtschaft müssen dauerhaft etabliert werden, um nachhaltige Effekte vor Ort entstehen zu lassen.

4 Die rechtlich-regulatorischen Rahmenbedingungen schneller anpassen und neue digitale Geschäftsmodelle ermöglichen

Die Digitalisierung des Lebens und Arbeitens ist geprägt durch die Nutzung von Internet und Smartphone, internationale Plattformen und freien Wettbewerb. Die für Städte und Regionen elementare Digitalisierung der Infrastruktursektoren Energie, Mobilität und Gesundheit sowie der Bildung und Verwaltung ist hingegen in einen stark national reglementierten Rahmen eingefasst. Technisch mögliche Innovationen können nicht ohne Weiteres mit freien Marktkräften umgesetzt werden. Der bestehende Rechtsrahmen aus vordigitalen Zeiten muss zügiger auf Zweckhaftigkeit und bremsende Nebeneffekte für innovative Geschäftsmodelle geprüft und angepasst werden. Beispiele, die eine Anpassung des Rechtsrahmens erfordern sind das autonome Fahren, die medizinische Fernbehandlung oder die Aggregatorenrolle im Energiemarkt. Alle vorzunehmenden Veränderungen müssen den Interessen der Wirtschaft und der Kommunen Rechnung tragen, sich an den Interessen der Bürgerinnen und Bürger ausrichten und der Verbesserung der Lebens- und Standortqualität vor Ort dienen.

5 Ein bundesweites Kompetenzzentrum „Digitale Städte und Regionen“ aufbauen

Viele Kommunen arbeiten bereits an Konzepten einer nachhaltig und digital geprägten Stadt- und Regionalentwicklung. Die kommunale digitale Transformation ist jedoch eine enorme Herausforderung, auch vor dem Hintergrund begrenzter finanzieller Handlungsspielräume in vielen Regionen Deutschlands. Zur Beratung und Unterstützung der Kommunen auf dem Weg zu intelligent vernetzten Städten und Regionen ist der Aufbau eines bundesweit agierenden Kompetenzzentrums notwendig. Dieses sollte unter enger Begleitung der kommunalen Spitzenverbände und der Digitalwirtschaft entstehen. Analog zum Breitbandbüro des Bundes sollte das Kompetenzzentrum die Kommunen an die Hand nehmen, umfassende Kontakte zu allen relevanten Akteuren halten und diese untereinander vernetzen, Lösungsansätze identifizieren sowie Best Practices und Synergien aufzeigen. Den

Handlungsvorschläge zur Legislaturperiode 2017 – 2021

Wie werden Deutschlands Städte und Regionen digital?

Seite 4|4

bitkom



Städten und Gemeinden kann anbieterneutral die notwendige Entscheidungskompetenz zur Bewertung von Lösungen zur kommunalen digitalen Transformation vermittelt werden. Durch gezielte Unterstützung zur Weiterqualifizierung ihrer Mitarbeiter, zur Modernisierung ihrer Organisationsstrukturen und zur Entwicklung tragfähiger Geschäftsmodelle für digitale Dienste können die Entwicklungsperspektiven der Kommunen verbessert werden.

Über den Bitkom

Bitkom vertritt mehr als 2.500 Unternehmen der digitalen Wirtschaft, davon gut 1.700 Direktmitglieder. Sie erzielen allein mit IT- und Telekommunikationsleistungen jährlich Umsätze von 190 Milliarden Euro, darunter Exporte in Höhe von 50 Milliarden Euro. Die Bitkom-Mitglieder beschäftigen in Deutschland mehr als 2 Millionen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Zu den Mitgliedern zählen 1.000 Mittelständler, mehr als 400 Start-ups und nahezu alle Global Player. Sie bieten Software, IT-Services, Telekommunikations- oder Internetdienste an, stellen Geräte und Bauteile her, sind im Bereich der digitalen Medien tätig oder in anderer Weise Teil der digitalen Wirtschaft. 80 Prozent der Unternehmen haben ihren Hauptsitz in Deutschland, jeweils 8 Prozent kommen aus Europa und den USA, 4 Prozent aus anderen Regionen. Bitkom fördert und treibt die digitale Transformation der deutschen Wirtschaft und setzt sich für eine breite gesellschaftliche Teilhabe an den digitalen Entwicklungen ein. Ziel ist es, Deutschland zu einem weltweit führenden Digitalstandort zu machen.

Über den DStGB

Als kommunaler Spitzenverband auf Bundesebene vertritt der Deutsche Städte- und Gemeindebund die Interessen von rund 11.000 Städten und Gemeinden. Der Verband ist über 17 Mitgliedsverbände in den Ländern organisiert und arbeitet parteiunabhängig und ohne staatliche Zuschüsse. Sein Ziel ist es, den Kommunen in der Bundespolitik eine starke Stimme zu geben. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund engagiert sich seit vielen Jahren für eine Modernisierung der Verwaltungsabläufe und für eine flächendeckende adäquate Ausstattung der Kommunen mit Zukunftsinfrastrukturen.